



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

NEWSLETTER

Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Ein AGDF- und EAK-Projekt

21. Ausgabe November-Dezember 2012



Inhalt

Vorwort	3
Aktuelles aus dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“	4
Fachratstreffen November 2012	4
Workshopbericht: Planspiel „Civil Powker“	4
Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule	5
Neues zur Friedensbewegung und Bundeswehr in der Schule in NRW	5
Auskunft zur Finanzierung und Bewerbung der „Bw-Adventure Camps“	5
Baden-Württemberg: Grüne stimmen gegen Bundeswehr an Schulen	5
Baden-Württemberg: Grüne nicht für landesweite Zivilklausel	6
Saarland: Kooperation zwischen Bundeswehr und Bildungsministerium	6
Thüringen: Weiterführung der Diskussion zur Präsenz von Bundeswehr in Schulen	6
NRW: Schulministerium wirbt für Bundeswehr-Material	7
NRW: Beschluss der GEW gegen Bundeswehr in Schulen und für Zivilklauseln	7
Bundeswehr-Werbung in Jugendmedien	7
Evangelische Jugend fordert „Friedensbildung auch in der Schule“	7
Quäker kritisieren Präsenz der Bundeswehr an Schulen	8
Sonstiges	8
Internationaler Tag der Menschenrechte, 10. Dezember	8
Animationsclips zum Thema Menschenrechte	8
Menschenrechts-Schule werden	9
Religionspädagogische Materialien zur Friedensbildung	9
Zukunft der Bundeswehr-Nachwuchsgewinnung	9
Fernsehbeitrag: „Spaß und Abenteuer - Bundeswehr wirbt Nachwuchs“	9
Zeitungsmeldungen zum Thema Bundeswehr und Kinder	9
Rückblick: Antimilitaristische Demonstration im Oktober in Stuttgart	10
Termine	10
Fortbildung „Spielend gelernt I und II“, Halle/Saale, 18.-19.01.2013	10
Multiplikator/innen-Schulung „Kriegsursachen erkennen, Friedenswege finden“, Halle/Saale	10

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

am heutigen 10. Dezember ist es wieder soweit: der Friedensnobelpreis wird in Oslo verliehen. Da gibt es natürlich keine Überraschung, sondern wahrscheinlich ein Aufflammen der Diskussion, die schon bei der Bekanntgabe des Empfängers im Oktober aufkam: Warum bekommt die Europäische Union diesen Preis? Was hat sie in letzter Zeit Besonderes für den Frieden getan? Leistet sie zurzeit durch die Sparauflagen für Griechenland nicht eher einen Beitrag zu sozialem Unfrieden?

In der Begründung für diesen Preis heißt es, die Europäische Union und ihre Vorgänger "... haben über mehr als sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa beigetragen".

Das ist historisch-sachlich erst einmal korrekt. Frieden in Europa ist mehr als die Abwesenheit von Krieg, nämlich ein Weniger an Not, Gewalt und Unfreiheit. Dies gilt es aber auch für die Außenpolitik, Handelspolitik oder Flüchtlingspolitik zu entwickeln: Waffenexporte, Frontex und Doppelstandards tragen nicht dazu bei. Auch im Inneren der europäischen Länder gilt es sich dafür einzusetzen, dass der Militarisierung des Denkens Einhalt geboten wird. Friedensbildung will die Prozesse zu mehr Frieden verdeutlichen und hinterfragt die Strukturen, welche zu Gewalt führen.

Alternativ zum manchmal etwas politisch-strategisch vergebenen Friedensnobelpreis wurde am 7. Dezember in Stockholm ein alternativer Preis verliehen. Der Right Livelihood Award geht dieses Jahr an vier Preisträger, unter anderem an den amerikanischen Wissenschaftler Gene Sharp. 1973 hat er in seinem Buch „The Politics of Non-Violent Action“ 198 Methoden der gewaltfreien Aktion aufgelistet.¹ Ich finde die Liste sehr beeindruckend und kann sie jedem als Anregung empfehlen. Auch zur Diskussion mit Schülerinnen über alternative Konfliktbearbeitung.

Lassen Sie sich davon und auch von den kleinen Erfolgen und Arbeitsfortschritten der Friedensbildung über die dieser Newsletter berichtet, inspirieren.

Eine besinnliche und ruhige Adventszeit wünschend,

Jonas Schäfer

Impressum

Geschäftsstelle EAK & AGDF
Verein für Friedensarbeit im
Raum der EKD
Endenicher Straße 41
D - 53115 Bonn
Tel.: 0228 / 24 999-0
Fax: 0228 / 24 999-20

info@friedensbildung-schule.de

V. i. S. d. P.:

Jasmin Schwarz, Projektleiterin

schwarz@eak-online.de

¹ http://www.aeinstein.org/organizations/org/FDTD_German.pdf

Aktuelles aus dem Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“

Fachratstreffen November 2012

Anna Schumacher

Der Fachrat des Projektes hat sich zum zweiten Mal in diesem Jahr in Frankfurt/Main getroffen. Das halbjährliche Treffen involvierter Akteure dient dem fachlichen Austausch zum Thema Friedensbildung und der inhaltlichen Begleitung der Projektarbeit. Der aktuelle Arbeitsstand im Projekt nach den ersten sechs Monaten offizieller Laufzeit wurde vorgestellt. Im Vordergrund stehen derzeit die Entwicklung eines Corporate Design und einer Website. Auch die Materialsichtung schreitet voran: ein einheitliches Bewertungsraster wurde erstellt, anhand dessen nun existierendes Unterrichtsmaterial zum Thema Friedensbildung kategorisiert wird. Des Weiteren ist ein Grundlagen-Reader für Referent/innen in Entstehung und mit der Zeitschrift „Friedensforum“ wird für eine Themenausgabe „Friedenspädagogik“, die Anfang 2013 erscheint, kooperiert. Laufende Aufgaben umfassen u.a. die Netzwerkarbeit, die Beteiligung an der Entwicklung von Planspielen und die Bereitstellung des regelmäßigen Newsletters.

Workshopbericht: Planspiel „Civil Powker“

Jonas Schäfer

Ende November fand der erste Multiplikator/innen-Workshop für das Planspiel „Civil Powker“ in Halle (Saale) statt. Die Entwicklung dieses Planspiels wurde durch das Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“ unterstützt. Die Entwickler, Karl-Heinz Bittl (Fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.), Sandra Bauske und Elli Mack (beide Friedenskreis Halle e.V.) leiteten das Spiel für die 24 Teilnehmenden aus der Bildungsarbeit an und vertieften relevante Punkte.

Der Name des Planspiels „Civil Powker“ setzt sich aus „Zivil“ und dem Kunstwort „Powker“ = Poker + Power zusammen. In der Beschreibung des Spiels heißt es: „Ziel ist es, Jugendlichen ab 14 Jahren aufzuzeigen und erfahrbar zu machen, welche Handlungsspielräume hierzulande im zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Bereich existieren, wenn Konflikte in anderen Weltregionen ausbrechen. Dabei sollen die Jugendlichen insbesondere zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten kennenlernen.“

Aus meiner Sicht ist das Planspiel sehr gut geeignet um Diskussionen anzuregen, sowohl über die Werte und Interessen einzelner Akteure, als auch über mögliche Wirkungen unseres Handelns auf einen Konflikt in einem anderen Land. Mit einem aktivierenden Methodenmix (Gruppenarbeit, Fishbowl, Filme) gelingt es, Jugendliche zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit Konfliktbearbeitungsmöglichkeiten anzuregen. Damit wird nicht zuletzt auch auf die eigene Verantwortung in der Gesellschaft hingewiesen und politisches Bewusstsein und Handeln gefördert.

Ein weiterer Multiplikatoren-Workshop im süddeutschen Raum findet vom 15.-16.02.2013 statt. Karl-Heinz Bittl erteilt Informationen dazu und zum Planspiel allgemein; ebenso freut er sich, wenn Personen Interesse daran bekunden, selbst eine Multiplikatoren-Fortbildung zu organisieren: info@eiccc.org

Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Neues zur Friedensbewegung und Bundeswehr in der Schule in NRW

Ein Beitrag von Kai-Uwe Dosch, Netzwerk Friedensbildung NRW

NRW war 2008 das erste Land, dessen Schulministerium eine Vereinbarung mit der Bundeswehr geschlossen hatte. Seit dem Wechsel zu Sylvia Löhrmann (B'90/Grüne) als Ministerin 2010 wurde eine Änderung der Vereinbarung angekündigt, jetzt wurde diese endlich umgesetzt. Doch bei dieser geänderten Vereinbarung ist die Art und Weise der Veröffentlichung mindestens genauso spannend wie der Inhalt.

Zum Inhalt: Im Vergleich zur alten Fassung wird in der neuen ausdrücklich auf die Erziehung zur Friedensgesinnung als Bildungsziel aus der Landesverfassung verwiesen, der Beutelsbacher Konsens mit seinem Verbot der Indoktrination und seinem Gebot der Kontroversität in der Schule wie in der Gesellschaft wird als Bildungsgrundsatz namentlich benannt und die Einbindung der Bundeswehr in die Aus- und Fortbildung der Lehrer/innen wird ersatzlos gestrichen. Schließlich wird die *gleichberechtigte und gleichwertige Einbeziehung* der Friedensbewegung in den Unterricht festgelegt.

Zur Veröffentlichung: Die geänderte Vereinbarung wurde bereits am 30. August 2012 unterzeichnet. Medial kommuniziert wurde sie aber erst im Oktober durch eine Presseinformation der schulpolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion, Sigrid Beer. Ihre Formulierung wurde von einigen Medien so missverstanden, dass es eine gleiche Einbeziehung von Bundeswehr und Friedensbewegung geben *muss*, dass also Jugendoffiziere nur dann in den Unterricht gehen dürfen, wenn auch Vertreter/innen der Friedensbewegung kommen können. Dies ist vom Ministerium nicht beabsichtigt worden, es geht um eine grundsätzliche Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Meinungen. Darum hat das Bündnis Schule ohne Bundeswehr NRW eine Presseinformation herausgegeben, die das richtig stellt. Es bleibt festzustellen, dass die grüne Schulministerin Löhrmann die Änderung wohl gar nicht und die grüne schulpolitische Sprecherin wohl nicht richtig kommunizieren wollte – nicht weil sie selbst, sondern weil die Mehrheit ihrer Mitgliedschaft und Wählerschaft wohl ein anderes inhaltliches Ergebnis erreichen wollte.

NRW ist das erste Land, in dem nach einem großen Regierungswechsel die Vereinbarung mit der Bundeswehr geändert wurde. Das stellt ein Vorbild dar, dem einige andere Länder folgen können oder wollen. Vor allem Baden-Württemberg findet sich in einer ähnlichen Lage.

Auskunft zur Finanzierung und Bewerbung der „Bw-Adventure Camps“

Die Bundestagsfraktion Die Linke hatte eine Kleine Anfrage mit dem Titel „Diskussion um die Kooperation der Bundeswehr mit der Jugendzeitschrift ‚BRAVO‘“ gestellt. In ihrer Antwort von Mitte November teilt die Bundesregierung mit, dass an den „Bw Adventure Games“ der Bundeswehr zwischen 2005 und 2011 jährlich jeweils rund 30 Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren teilnahmen, an den beiden Camps im Jahr 2012 insgesamt 57 Jugendliche. Die seit 2006 laufende Kooperation mit der „Bravo“ zur Bewerbung der Veranstaltung sei dieses Jahr ausgeweitet worden, sie habe in fünf Monaten rund 215.000 Euro gekostet. Das Verteidigungsministeriums versteht das „Adventure Camp“ nicht als Personalwerbung, sondern als „eine Aktion des Jugendmarketings“.

Anfrage Die Linke: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711247.pdf>

www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/bundeswehr-camps-fuer-57-jugendliche-kosten-250000-euro-13146.html

Baden-Württemberg: Grüne stimmen gegen Bundeswehr an Schulen

Auf dem Landesparteitag von Bündnis90/Die Grünen Anfang Dezember in Böblingen wurde der Antrag „Schulfrei für die Bundeswehr - Kooperationsvereinbarung kündigen“ angenommen. Er fordert die

Kündigung der 2009 zwischen Bundeswehr und baden-württembergischem Kultusministerium geschlossenen Kooperationsvereinbarung. In der Begründung heißt es, die Bundeswehr eigne sich nicht, „unsere Schüler im Geiste des Friedens zu erziehen“. Der knappe Abstimmungserfolg kam gegen den Willen der Regierungsvertreter der Partei zu Stande und setzt die grün-rote Landesregierung unter Zugzwang. Viele Grüne Kreisverbände, die Grüne Jugend Baden-Württemberg, sowie die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ begrüßten das Ergebnis.

Antrag: www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/LDK_Boeblingen_2012/V1-Schulfrei_Bundeswehr.pdf

Beschluss:

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/LDK_Boeblingen_2012/Beschluesse/Schulfrei_Bundeswehr.pdf

Baden-Württemberg: Grüne nicht für landesweite Zivilklausel

Ebenfalls auf dem baden-württembergischen Landesparteitag von Bündnis90/Die Grünen eingebracht wurden zwei gegenläufige Anträge zum Thema Zivilklausel. Der Antrag auf die Verankerung einer Zivilklausel im Landeshochschulgesetz, durch die alle Hochschulen dazu verpflichtet wären, ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen, wurde abgelehnt. Friedensorganisationen und Gewerkschaften hatten im Vorhinein dafür geworben und in einer Information an die Delegierten die ablehnende Haltung der grünen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zu Zivilklauseln kritisiert. Die Argumentation der Ministerin basiere auf teilweise falschen Grundlagen; zudem wolle sie, seit sie in Regierungsverantwortung steht, nichts mehr von Aussagen zur Zivillorientierung von Hochschulen im Grünen-Wahlprogramm wissen.

Antrag „Forschung nur zu friedlichen Zwecken: Zivilklausel ins Landeshochschulgesetz!“ (abgelehnt):

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/LDK_Boeblingen_2012/V2-Zivilklausel.pdf

Beschluss „Verbindliche Regelungen für Transparenz und Ethik“ (angenommen):

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/LDK_Boeblingen_2012/Beschluesse/Ethik_Transparenz.pdf

Stellungnahme an die Landesdelegierten und Pressemitteilung:

http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/Brief_LDK_281112.pdf

http://bawue.dfg-vk.de/fileadmin/user_upload/PM_Delegierte.pdf

Saarland: Kooperation zwischen Bundeswehr und Bildungsministerium

In der Antwort auf eine Anfrage der Linken äußert sich die saarländische Regierung zum Stand des Kooperationsabkommens zwischen Bundeswehr und Bildungsministerium. Es wird bekundet, dass kein Änderungsbedarf an der im Jahr 2011 modifizierte Vereinbarung gesehen wird. Informationen zu den Besuchen der Jugendoffiziere seien nicht verfügbar. Im Herbst hatten zudem GEW, Evangelische Kirche, Landeselterninitiative für Bildung, pax christi und FriedensNetz Saar ein Gespräch mit Bildungsminister Ulrich Commerçon (SPD) geführt. Während der Minister auf der Kooperationsvereinbarung beharrte, vertritt die Gegenseite die Position, dass auch die 2011 vorgenommenen Verbesserungen nicht ausreichen, und die Vereinbarung gekündigt werden müsse. Einen positiven Schritt bilde immerhin die anstehende Einrichtung einer Kontaktstelle für Friedenserziehung im Landesinstitut für Pädagogik und Medien.

Anfrage der Linken: http://www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_0231.pdf

Bericht zum Gespräch mit Bildungsminister: <http://friedensnetzsaar.de/?p=61>

Thüringen: Weiterführung der Diskussion zur Präsenz von Bundeswehr in Schulen

Die Diskussion zum Beutelsbacher Konsens und zur Präsenz von Bundeswehr in Schulen, die im Thüringer Landtag im Juni angestoßen wurde, wurde im Monat darauf bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Politische Bildungsarbeit an Thüringer Schulen konsequent am Beutelsbacher Konsens ausrichten“ weitergeführt. Die Grünen hatten von der Landesregierung gefordert, einen Kriterienkatalog für Informationsarbeit durch nicht-schulische Lehrpersonen aufzustellen, sowie die

Zustimmung von Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft zu Schulveranstaltungen durch Verfassungsschutz und Bundeswehr verpflichtend zu machen. Auf Empfehlung des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur wurde der Antrag abgelehnt. Zur Begründung heißt es, die geltenden Vorgaben durch Beutelsbacher Konsens und Schulgesetz reichten als Rahmen für die politische Bildungsarbeit an Schulen aus.

Protokoll der Landtagssitzung: [www.thueringer-](http://www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/plenum/arbeitsfassung/arbeitsfassung93.pdf)

[landtag.de/imperia/md/content/landtag/plenum/arbeitsfassung/arbeitsfassung93.pdf](http://www.thueringer-landtag.de/imperia/md/content/landtag/plenum/arbeitsfassung/arbeitsfassung93.pdf)

Antrag B'90/Grüne: www.parldok.thuringen.de/parldok/Cache/3D30AE5C5C050DC4424FF1CA.pdf

NRW: Schulministerium wirbt für Bundeswehr-Material

In Ausgabe 08/2012 der vom Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Fachzeitschrift „Schule NRW“ wurde auf Lernmaterial hingewiesen, das Lehrkräften kostenfrei zum Thema „Frieden und Sicherheit“ zur Verfügung steht. Die angegebene Website führte zur „Karriereseite“ der Bundeswehr. Bernhard Trautvetter, Sprecher des Essener Friedensforums, kritisiert dies in einem Artikel in der nds – Zeitschrift der GEW NRW als „verharmlosende Werbung für die Bundeswehr“.

http://pf.pic-develop.de/index_nds10-12_online.html#/16

NRW: Beschluss der GEW gegen Bundeswehr in Schulen und für Zivilklauseln

Der Landesvorstand der GEW NRW hat am 17. November einstimmig beschlossen, sich „konsequent [für eine] einseitig antimilitaristische Ausrichtung des gesamten Bildungssystems“ einzusetzen. Der Beschluss beinhaltet die Forderungen, dass das nordrhein-westfälische Schulministerium den kürzlich modifizierten Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr vollständig kündigen möge, und der Landtag von NRW eine Zivilklausel im Landeshochschulgesetz festschreiben solle. Die GEW NRW bekräftigt, dass sie sich für eine friedenspädagogische Ausrichtung der Schulen einsetzt und Kolleg/innen unterstützt, die sich gegen den Einfluss der Bundeswehr einsetzen.

www.jungegew.de/index.php/schule-ohne-bundeswehr/articles/lernen-fuer-den-frieden.html

Bundeswehr-Werbung in Jugendmedien

Die Anzeigenkampagne der Bundeswehr in der Jugendzeitschrift „Bravo“ wurde jüngst in Medien und Öffentlichkeit äußerst kontrovers aufgegriffen. Diese Form der Nachwuchswerbung ist jedoch keine Neuheit: in den letzten Jahren bemängelten unterschiedliche Stimmen immer wieder Werbemaßnahmen der Bundeswehr in Medien, die sich an Jugendliche richten. Ein aktueller Fall ist die September-Ausgabe der kostenlosen Jugendzeitschrift „SPIESSER“ der Bundeszentrale für politische Bildung, die eine Werbeeinlage der Bundeswehr in Form eines Preisausschreibens beinhaltete. Weitere Fälle beziehen sich auf Anzeigen in der ebenfalls kostenlosen Schülerzeitschrift „life & science“ und auf Werbebeiträge bei diversen Radiosendern mit jugendlicher Hörerschaft. Bereits 2008 beschäftigte sich auch der Artikel „Skrupellos: Bundeswehr-Marketing in Jugendmedien“ von Michael Schulze von Glasser mit dem Thema.

Diskussion zum „Spiesser“: www.spiesser.de/meinung/werbung-f%C3%BCr-die-bundeswehr

Artikel Schulze von Glasser: www.imi-online.de/download/MSG-Dez08-Marketing.pdf

Evangelische Jugend fordert „Friedensbildung auch in der Schule“

Auf ihrer Mitgliederversammlung im November fasste die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) den Beschluss „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten“. Darin werden diejenigen Bundesländer, deren Bildungsministerien Kooperationsverträge mit der Bundeswehr geschlossen haben, aufgefordert, diese grundlegend zu überarbeiten. Landeskirchen und Freikirchen werden gebeten, sich an Neuverhandlungen zu beteiligen. Grundlegend sei, dass „in entsprechenden Vereinbarungen unterschiedliche Akteure und Positionen friedensethischer und friedenspolitischer Bildung

gleichrangig die Möglichkeit haben, ihre Konzepte zu erläutern; Jugendlichen soll ausreichend die Möglichkeit eigenständiger Urteilsbildung gegeben werden.

www.evangelisches-

infoportal.de/fileadmin/user_upload/aej/Die_aej/Downloads/Mitgliederversammlung/MV_Beschlusse/2012_123_MV/12_11_25_B2_Friedensbildung_auch_in_der_Schule.pdf

www.jugendhilfeportal.de/jugendarbeit/artikel/eintrag/evangelische-jugend-fordert-friedensbildung-in-der-schule-statt-werbung-fuer-die-bundeswehr

Quäker kritisieren Präsenz der Bundeswehr an Schulen

Die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker) hat sich in einem Offenen Brief an die Kultusministerien der Bundesländer gewandt. Darin wird kritisiert, dass der Zugang der Jugendoffiziere zu Schulen eine problematische Bevorzugung militärischer Institutionen in der politischen Bildung darstelle. Es genüge nicht, dass nur Ministerien und die Bundeswehr an Vereinbarungen beteiligt sind – erforderlich sei ein breit angelegter Austausch zu friedenspädagogischen und demokratischen Gesichtspunkten von Meinungsbildungsprozessen in Fragen von Krieg und Frieden an Schulen. Es wird vorgeschlagen, Runde Tische abzuhalten, an denen neben staatlichen Vertretern Akteure aus Friedensbewegung und Bildungsgewerkschaften, sowie Bildungsexperten teilnehmen sollen.

<http://www.rgdf.de/images/Aktuelles/km-brief.pdf>

Sonstiges

Internationaler Tag der Menschenrechte, 10. Dezember

Mit dem Tag der Menschenrechte wird alljährlich der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 gedacht.

In vielen Städten finden rund um diesen Tag themenbezogene Veranstaltungen statt:

<http://bewegung.taz.de/aktionen/menschenrechte/beschreibung>

Didaktisches Material zum Thema Menschenrechte:

www.bildungserver.de/Menschenrechte-Menschenrechtserziehung-3404.html?fbt=3284020-se:5784

www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/menschenrechtsbildung/unterrichtsmaterialien/unterrichtsmaterialien-fuer-schulen.html

www.friedenspaedagogik.de/service/unterrichtsmaterialien/menschenrechte/menschenrechte/menschenrechte_in_schule_und_unterricht

<http://epiz-berlin.de/?MRB/Bildungsmaterial>

Animationsclips zum Thema Menschenrechte

Im Rahmen des Projektes „WissensWerte“ ist eine Reihe von Clips zur politischen Bildung entstanden, die frei online verfügbar sind. Sie geben einen ersten Überblick z.B. zu den Themen Globalisierung, Welthandel, Klimawandel, Migration und sind didaktisch so aufbereitet, dass sie Jugendliche ansprechen. Eine eigene Unterreihe „Menschenrechte im Fokus“ besteht aus einem Einführungsclip und je einem Clip zu jeder der drei Dimensionen der Menschenrechte.

Reihe Menschenrechte: <https://www.youtube.com/watch?v=12uKuORCyBM>

Weitere Clips: www.e-politik.de/lesen/wissenswerte-animationsclips-zur-politischen-bildung

Menschenrechts-Schule werden

Das von amnesty international angestoßene Projekt der Menschenrechts-Schulen zielt darauf, Schüler/innen und andere Akteure an Schulen zu motivieren, Menschenrechtsnormen in alle Bereiche der Schulalltags zu integrieren. In der englischsprachigen Publikation „Becoming a Human Rights Friendly School“ wird beschrieben, was eine menschenrechtsfreundliche Schule ausmacht und was sie erreichen kann. Praktische Tipps und einzelne Schritte erläutern, wie Menschenrechte an Schulen umgesetzt werden können. Eine begleitende CD-Rom enthält Ressourcen und Instrumente zur Menschenrechtsbildung www.frient.de/publikationen-service/dokumente/library/becoming-a-human-rights-friendly-school.html

Religionspädagogische Materialien zur Friedensbildung

Drei Ausgaben der Reihe „Religionspädagogische Hefte“ (RPH) der Evangelischen Kirche der Pfalz widmeten sich in den vergangenen Jahren Inhalten der Friedensbildung: RPH 3/2006 („Krieg und Frieden“) bietet aufbereitete Informationen und Materialien zum Ersten Weltkrieg und zum Weihnachtsfrieden 1914. RPH 3/2008 („Vorrang für zivil“) veranschaulicht Aussagen der EKD-Friedensdenkschrift von 2007. Seit November 2012 steht dazu eine aktualisierende Beilage mit neuen Zahlen, Beispielen und Materialien zur Verfügung. RPH 2/2010 („Vom Kult der Gewalt zur Kultur des Friedens“) regt zur Auseinandersetzung mit Kriegerdenkmälern und den in ihnen zum Ausdruck kommenden Werthaltungen an. Die Hefte können online bestellt werden: <http://religionsunterricht-pfalz.de/shop/index.htm>

Zukunft der Bundeswehr-Nachwuchsgewinnung

Die Kreiswehrrersatzämter und Zentren für Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr, deren Auflösung zu Ende November bevorstand, werden durch 16 „Karrierecenter“, 110 „Karriereberatungsbüros“ und „bis zu 200 mobile Büros“ ersetzt. Zudem wird die „Personalgewinnungsorganisation“ der Bundeswehr mit der Bundesagentur für Arbeit kooperieren: Karriereberatung für die Bundeswehr wird auch in ihren Örtlichkeiten stattfinden und offene Bundeswehr-Stellen werden in den Medien der Arbeitsagenturen beworben. Für diese neuen Aufgaben sollen die Beratungs- und Vermittlungskräfte der Agenturen durch die Bundeswehr geschult werden.

www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYs9D4JAEET_0S0XC9ROco2xlyGCjTlggxvgyyL1_jivSucSV7zZuABucF-aLFCMVgHPQwTncekjSjism_Z0TncVEISZHzKCz0GuJdjHkwxoBQKBqHMha1EVmtkccXszNkommGotGI0Xf2jv8fuYNrbqdbm2rSwen_5AXVXLeE!/

FAZ-Artikel „Auf der Suche nach Qualitätskontakten“ (30.11.2012) zum selben Thema:

www.faz.net/aktuell/politik/inland/arbeitgeber-bundeswehr-auf-der-suche-nach-qualitaetskontakten-11976503.html#Drucken

Fernsehbeitrag: „Spaß und Abenteuer - Bundeswehr wirbt Nachwuchs“

Frontal 21 sendete am 13. November einen Beitrag über die Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr, der über die Mediathek des ZDF zugänglich ist. Thematisiert werden Herausforderungen in der Nachwuchsgewinnung, die Arbeit der Jugendoffiziere und aktuelle Auftritte der Bundeswehr, z.B. bei der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung in Berlin, sowie die Kampagne in der Jugendzeitschrift „Bravo“, über die die Bundeswehr für ihr „Bw Adventure Camp“ warb.

www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1774028/Bundeswehr-wirbt-um-Nachwuchs#/beitrag/video/1774028/Bundeswehr-wirbt-um-Nachwuchs

Zeitungsmeldungen zum Thema Bundeswehr und Kinder

Im letzten Monat berichteten mehrere Quellen über Fälle, in denen die Bundeswehr den Kontakt mit Kindern suchte. In Nordrhein-Westfalen unterstützten Soldaten Kinder beim Schmücken eines

„Weihnachtswaldes“, im Saarland lud ein Luftlandeunterstützungsbataillon zu Bewerbungstagen für Jugendliche, im dritten Fall absolvierten drei Minderjährige ein „Praktikum“ auf einem Bundeswehrstützpunkt.

www.wz-newsline.de/lokales/kreis-mettmann/hilden/baumschmuck-aus-der-kita-1.1166640

www.bundeswehr-monitoring.de/militarisierung/luftlandebataillon-lockt-jugendliche-mit-abenteuer-und-lagerfeuer-13130.html

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12418961/60709/Linda-Alexander-Eric-und-Paul-waren-fuer-zwei.html

Rückblick: Antimilitaristische Demonstration im Oktober in Stuttgart

Rund 350 Menschen demonstrierten am 20. Oktober in Stuttgart für eine militärfreie Bildung und Forschung, sowie die Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Kultusministerium in Baden-Württemberg. Aufgerufen hatte ein breites Bündnis von Friedensorganisationen, antimilitaristischen und gewerkschaftlichen Gruppen.

www.neues-deutschland.de/artikel/801988.kein-werben-fuers-sterben.html

Termine

Fortbildung „Spielend gelernt I und II“, Halle/Saale, 18.-19.01.2013

Ziel der Fortbildung ist die Vermittlung von aktivierenden und beteiligenden Methoden und Übungen in der Bildungsarbeit. Es werden Anregungen sowie Tipps zur zielgerichteten Anwendung dieser Methoden und ihrer sinnvollen Einbettung in Seminarkonzepte gegeben. Am zweiten Tag steht die Gestaltung und Auseinandersetzung mit der Relevanz der Anfangs- und Endgestaltung von Seminaren im Mittelpunkt.

www.friedenskreis-halle.de/arbeitsbereiche/friedensbildung/bildungsprogramm/spielend-gelernt.html

Multiplikator/innen-Schulung „Kriegsursachen erkennen, Friedenswege finden“, Halle/Saale, 02.02.2013

Die Schulung richtet sich an Personen mit pädagogischen Vorerfahrungen, die den vom Friedenskreis Halle entworfenen Schulworkshop „Kriegsursachen erkennen, Friedenswege finden“ zukünftig in Schulen in Halle und überregional durchführen wollen. Der Schulworkshop wird ab Klasse 8 angeboten, umfasst 6 Unterrichtsstunden und kann als ganzer Schultag oder in drei Blöcken stattfinden. Interessierte wenden sich an: victoria.roeber@friedenskreis-halle.de.

Die Artikel, auf die wir verlinken, und die namentlich unterzeichnet sind geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Newsletter abonnieren:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de.

Die E-Mail-Adressen für den Newsletterversand werden gespeichert und nur für den Versand des Newsletters verwendet.

Wir freuen uns über Weiterleitung des Newsletters an weitere Interessierte.

Newsletter abbestellen:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de

und Sie werden umgehend aus dem Verteiler genommen und Ihre Adresse gelöscht.

Tipps und Anregungen:

Wir sind dankbar über Hinweise auf aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen o.ä. zum Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“, sowie über Artikel und Tipps zur Weiterentwicklung des Newsletters. Bitte senden Sie Ihre Ideen an:

info@friedensbildung-schule.de.

Gastbeiträge:

Gastbeiträge sind herzlich Willkommen. Diese Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

Ansprechpartner/innen des Projektes „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ sind:

Projektreferent: Jonas Schäfer

schaefer@friedensbildung-schule.de

Pädagogische Referentin: Sabine Klingelhöfer

klingelhoefer@friedensbildung-schule.de

Projektassistentin: Anna Schumacher

schumacher@friedensbildung-schule.de